

## Newsletter September - Dezember 2009

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte

Auch in diesem zweiten Halbjahr war politisch wieder viel los. Auf den nächsten Seiten erfahrt ihr alles über Engagement, Lösungsvorschläge und Kämpfe unserer Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen. Das ist umso interessanter, da sich einige eben dieser Behördenträger in wenigen Monaten den lokalen Gesamterneuerungswahlen stellen werden und euch zeigen möchten, wofür sie sich auch in Zukunft einsetzen wollen. Darum eröffnen wir unseren Newsletter mit einem Beitrag zum Unterstützungskomitee von Martin Bäumle. Zudem dürfen wir alle Dübendorferinnen und Dübendorfer am 31. Januar 2010 wieder zu einem GEU-Zmorge mit unseren BehördenvertreterInnen einladen. Mehr dazu erfahrt ihr zu einem späteren Zeitpunkt. Viel Spass!

### Dübendorfer Gemeindewahlen 2010

Im März nächsten Jahres werden Gemeinderat, Stadtrat, Schul- und Kirchenpflegen neu gewählt. Die GEU/glp tritt mit bewährten und neuen KandidatInnen für drei politische Gremien an.

Martin Bäumle kandidiert wieder für den Dübendorfer **Stadtrat**, dem er schon seit 1998 als Finanzvorstand angehört. Für sein **Unterstützungskomitee** suchen wir wie immer profilierte Persönlichkeiten, die ihm mit ihrem Namen in Inseraten zur Wahl empfehlen. Wenn ihr selbst oder jemand in eurem Umfeld dem UK beitreten wollt, dann meldet euch bitte möglichst schnell bei Angie Murer (lemurer@gmx.ch).

Die GEU/glp-Liste für den **Gemeinderat** ist auch für diese Wahlen mit 40 Kandidierenden gefüllt, je zur Hälfte Frauen und Männer. Wir freuen uns sehr, dass neben bekannten Namen auch einige neue Personen dabei sind, die mit diesem Engagement unserer Partei ihre Unterstützung geben.

Susanne Hänni kandidiert als Bisherige wieder für die **Primarschulpflege**, wo sie seit Jahren wertvolle Arbeit leistet. Gerade im so wichtigen Bereich der Schule braucht es engagierte Menschen, die mit viel Einsatz mithelfen, eine funktionierende Schule zu gestalten.

Wir empfehlen euch allen diese Personen zur Wahl und arbeiten schon auf Hochdruck an guten Resultaten. Das ist für alle Beteiligten ein grosser Kraftakt und verlangt unseren engagierten HelferInnen alles ab. Neben der üblichen Parteiarbeit organisieren wir Inserate- und Plakatkampagnen, Wahlveranstaltungen und überarbeiten unseren Auftritt. Wollt ihr mithelfen? Dem Newsletter liegt ein Einzahlungsschein bei, mit dem ihr uns eure **Spenden** überweisen könnt, denn ein Wahlkampf kostet Geld. Wir freuen uns über jede Spende in unsere Parteikasse und danken allen schon jetzt ganz herzlich für die Unterstützung!

### Volksinitiative „2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf“

Die GEU hat auf Gemeindeebene eine Volksinitiative lanciert: **„2000-Watt-Gesellschaft für Dübendorf“**. Darin wird über eine Änderung der Gemeindeordnung verlangt, dass sich die Stadt für die Erreichung der Ziele der

2000-Watt-Gesellschaft und insbesondere einer Halbierung des Verbrauchs nichterneuerbarer Energien einsetzt. Zudem wünschen wir uns eine Kommission bestehend aus Vertretern der Stadt und Fachpersonen, die verantwortlich ist für die Umsetzung der Ziele. Beiliegend zum Newsletter findet ihr den Unterschriftenbogen. Bitte unterschreibt ihn und schickt ihn bis Mitte Dezember zurück. Es müssen nicht alle 5 Zeilen gefüllt werden, jede Unterschrift zählt!

### Die GEU im Gemeinderat

Im Gemeinderat wollte die GEU wissen, wie oft bei der **Stadtpolizei** die vor Kurzem gekauften Velos zum Einsatz kommen. Leider liegt die Vermutung nahe, dass die Fahrräder unbenutzt rumstehen, während die Polizisten im – ebenfalls neuen und ungleich teureren – Auto durch die Quartiere fahren. Die Antwort des Stadtrats war leider nicht so informativ wie gewünscht. Wir nahmen sie zur Kenntnis zusammen mit dem Wunsch, dass die Nutzung der Velos zu einer nachhaltigeren Präsenz der Polizei in den Quartieren, zu weniger Umweltbelastung und grösserer Fitness unserer Stadtpolizisten führen wird.

Thomas Maier hat in einer schriftlichen Anfrage Informationen betreffend **Sommereis** im Chreis eingefordert und wollte unter anderem wissen, ob das Sommereis 2009 eine Ausnahme bleiben wird und wie hoch der zusätzliche Energieaufwand dafür war. Der Stadtrat vertröstete uns was den Energieverbrauch betrifft auf spätere Auswertungen. Unterdessen wurde aber bekannt, dass die Halle auch nächstes Jahr wieder für Eissportler offen sein wird. Wir bleiben dran.

Thomas reichte auch ein Postulat zum **Bahnhof Dübendorf** ein. Der Stadtrat wurde gefragt, ob es mit geringen finanziellen Mitteln möglich ist, den Bahnhof Dübendorf aufzuwerten und attraktiver zu gestalten. In seiner Antwort gibt der Stadtrat einen Überblick über die geplanten Veränderungen im Bereich des Bahnhofs Nord im Rahmen der neuen Überbauung. Gerade die Unterführung wird demnach zu einer kleinen Ladenpassage umgebaut und in Zusammenarbeit mit der SBB sind verschiedene kleine Anpassungen geplant, die unseren Bahnhof attraktiver und benutzerfreundlicher machen sollen. Zusammen mit der FDP hat die GEU ein Postulat eingereicht, das die kostengünstige Einführung von **Tempo 30 in Hermikon** verlangt, was dem Wunsch aller Bewohner des Weilers entspricht. Die T30-Zone soll sich sowohl über die Hermiker- als auch die Buenstrasse erstrecken. Nach angeregter Diskussion im Rat kam das Postulat zur Freude der GEU durch und wird nun vom Stadtrat bearbeitet.

Im September kamen zwei Vorlagen betreffend **Zusatzkredite für Krippen sowie Horte und Mittagstische** vor den Rat. Der Stadtrat beantragte Geld, um das Angebot neu zu organisieren und auszubauen. Im Rat entbrannte eine eifrige Diskussion. Während die SVP sich gegen jegliche städtische Angebote für familienexterne Betreuung von Kindern aussprach, ist die Mehrheit des Parlaments überzeugt, dass die Stadt ihre Verantwortung wahrnehmen und berufstätige Eltern bei der Kinderbetreuung zur Seite stehen muss. Doch um das Wie schieden sich die Geister. Die GEU ist der Meinung, dass auch diese Dienstleistung der Stadt finanziell nachhaltig und effizient angeboten werden muss. Die Vorlage betreffend Horte und Mittagstische wurde auf Anstoss der GEU leicht abgeändert überwiesen und kommt Ende November vor das Volk. Die Änderung betrifft den Kostendeckungsgrad, der bei zwei Dritteln festgelegt wurde. Diese Anhebung ist nicht illusorisch. Der Kostendeckungsgrad des Mittagstischs alleine beträgt schon jetzt 85%. Zudem ist es laut Bildungsdirektion des Kantons Zürich durchaus möglich, schulergänzende Tagesstrukturen sogar kostendeckend anzubieten. Der Kanton verlangt von Gemeinden, die im Finanzausgleich stehen, einen Deckungsgrad von zwei Drit-

teln. Es sollte also für Dübendorf möglich sein, dieselbe Kostendeckung zu erreichen. Die Vorlage zu den Krippen sah ursprünglich das Weiterführen der heutigen Strukturen sowie einen Ausbau des städtischen Krippenangebots vor. Dabei wären weiterhin Subventionen nur für die öffentlichen Krippen möglich. Im Rat war dieser Punkt umstritten, denn dies führt zu einer Konzentration von Kindern aus finanziell schwächeren Familien in der städtischen Krippe. Für eine gute soziale Durchmischung wäre eine freie Krippenwahl für alle entscheidend. Darum sprach sich die Ratsmehrheit für eine Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat aus mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die die Idee von Betreuungsgutscheinen aufnimmt. Solche Gutscheine würden bei Bedarf den Eltern zugesprochen und könnten in allen Krippen – privaten und öffentlichen – eingelöst werden. Leider war der Stadtrat nicht bereit, auf diesen Auftrag einzugehen. Um einen Stillstand zu vermeiden, verlangte eine Koalition von GEU, FDP und CVP in der Motion ‚**Zukunftsfähiges Modell für familienergänzende Kinderbetreuung**‘ eben diese Gutscheine. Durch diese Gleichstellung von städtischen und privaten Krippen würde eine schrittweise Privatisierung der städtischen Krippe möglich. Leider bildete sich im Rat gegen diesen Vorschlag eine unheilige Allianz, die zur Ablehnung dieses Vorschlags führte. Es ist bekannt, dass die SVP keine familienergänzende Dienstleistungen will. Die SP ihrerseits hat eine eigene Volksinitiative lanciert, die neben den Gutscheinen einen Ausbau der städtischen Krippe verlangt, und sah die Motion als Konkurrenz dazu. Wir lassen uns aber nicht unterkriegen und bleiben dran!

### Fluglärm

Betreffend Flughafen hat sich in den letzten Monaten einiges getan. Im September kam die **Volksinitiative ‚Fairflug‘** vor das Volk, die auch von der glp keine Unterstützung bekam, und wurde wuchtig abgelehnt. Im Kantonsrat wurden Anfang dieses Jahres die beiden **Behördeninitiativen I** (Plafonierung bei 320'000 Flugbewegungen, 8h Nachtruhe) und II (keine Erweiterung des Pistensystems) diskutiert. Während die Behördeninitiative I abgelehnt wurde, kam die Behördeninitiative II durch. Daraufhin ergriff der VFSN mit tatkräftiger Unterstützung der glp das konstruktive Referendum, das neben einem Baustopp beim Pistensystem auch verlangt, dass keine neuen Flugrouten eingeführt werden. Diese beiden Vorschläge werden nun voraussichtlich im Frühling 2010 dem Volk vorgelegt. Die glp unterstützt beide Vorlagen, bevorzugt aber beim Stichentscheid klar das konstruktive Referendum des VFSN. In der Zwischenzeit will der Regierungsrat das konstruktive Referendum für ungültig erklären, aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Vor kurzem wurden die Ergebnisse der Auswertungen im Rahmen des **ZFI** für das Jahr 2008 vom Regierungsrat veröffentlicht. Es verwunderte niemanden, dass nur zwei Jahre nach Einführung des Richtwerts dieser schon deutlich überschritten wird. Umso gespannter wurden die Massnahmen erwartet, zu denen der Regierungsrat sich im Falle einer Überschreitung des Richtwerts verpflichtet hatte. Doch anstatt Einfluss auf den Flugbetrieb zu nehmen und so die Anzahl Personen, die erheblich unter Fluglärm leiden, nachhaltig zu verringern, plant der Regierungsrat Änderungen im Bereich Raumplanung. Für die glp ist nun endlich der Moment gekommen, wo sich die Zürcher Regierung dezidiert hinter die Bevölkerung stellen muss. Der ZFI hat sich nicht als das wirksame Instrument herausgestellt, als das es von der Regierung seinerzeit angepriesen wurde.

Ende Oktober ging der **Fluglärmstreit** mit Deutschland in eine neue Runde. Eine von beiden Staaten in Auftrag gegebene Lärmanalyse ergab, dass in den deutschen Grenzgebieten keine einzige Person

von Fluglärm betroffen ist, und zwar weder nach deutschem noch nach Schweizer Recht. Dieses Ergebnis soll nun als Basis für neue Verhandlungen mit unserem Nachbarn dienen. Die glp engagiert sich auf kantonaler und nationaler Ebene auch weiterhin aktiv dafür, dass der Flugbetrieb in Kloten von einem gesunden Verhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und den Bedürfnissen der Bevölkerung geprägt wird.

### Die glp im Kantonsrat

Im glp hat die kantonale **Volksinitiative 2000-Watt-Gesellschaft** für den Klimaschutz lanciert und im KR den Regierungsrat darin aufgefordert, bis 2030 den Primärenergieverbrauch an nichterneuerbaren Energien pro Einwohner zu halbieren und so aktiv zum Schutz der Umwelt beizutragen. Der Regierungsrat unterstützte die VI zwar nicht, es wurde aber ein Gegenvorschlag erarbeitet, der den Verbrauch kontinuierlich senken, die Effizienz der Energieanwendung fördern und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis ins Jahr 2050 auf 2.2t pro Einwohner senken will. Auch wenn unsere VI im Rat abgelehnt wurde, nahm der Rat den Gegenvorschlag an. Im Sinne eines Etappensiegs unterstütze ihn auch die glp. Dieser Gegenvorschlag ist für die glp ein riesiger Erfolg! Inzwischen hat das Initiativkomitee beschlossen, die Initiative zurückzuziehen. Die Frage der Atomkraft kann im Kanton momentan nicht auf diese Weise gelöst werden. Hier setzen sich unsere Vertreter auf nationaler Ebene für alternative Lösungen ein.

Die glp hat mit Freude einmal mehr von einem sehr guten **Rechnungsergebnis** des Kantons Kenntnis genommen. Die Rechnung schliesst offenbar fast 350 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Euphorie angesichts dieses Resultates ist aber komplett fehl am Platz, denn die weiteren Aussichten des Kantons sind alles andere als rosig. Die Zyklen der Konjunktur werden, wie dies immer der Fall ist, verzögert auf den Kantonshaushalt durchschlagen. Die glp hält daher zum wiederholten Male fest, dass es die Regierung auch 2008 und bis jetzt im 2009 verpasst hat, die Jahre der guten Konjunktur und damit die vermehrt sprudelnden Steuereinnahmen des Kantons endlich für eine nachhaltige Finanzpolitik zu nutzen. Daran ändert auch die von der Regierung präsentierte „Finanzstrategie“ nichts. Es ist zu hoffen, dass der Regierungsrat nicht noch einmal willentlich einen möglichst guten Rechnungsabschluss mit in die Zukunft verschobenen Investitionen erwirkt hat. Die strukturellen Probleme sind mitnichten behoben oder konkret angegangen. Die Aufwandsteigerung läuft mit einem Plus von 10% in nur einem Jahr ungebremst weiter und wird oft mit verschiedenen Verschiebungstricks (wie die Kantonalisierung der Kindergärten) kaschiert.

Der Kantonsrat will mit der Vorlage zur **Steuerstrategie** unter anderem über eine grosszügige Senkung der Einkommenssteuern die Position des Kantons Zürich im nationalen und internationalen Steuerwettbewerb verbessern. Die glp teilt diese Zielsetzung und ist der Meinung, dass diesbezüglich tatsächlich Handlungsbedarf besteht. Wir können uns aber in der momentanen Finanzlage solche Steuerausfälle ohne Kompensation nicht leisten. Es ist zu befürchten, dass die erwähnten Steuerausfälle in den Gemeinden mit Steuererhöhungen oder Sparpaketen kompensiert werden. Die glp hat daher in ihrem konstruktiven **Gegenvorschlag** eine Kompensation der Ausfälle mit gewissen Anpassungen des Beschlusses vorgeschlagen. Es sollen nicht die obersten zwei Progressionsstufen abgeschafft werden, sondern nur die Stufe 13%. Zudem schlägt die glp eine Änderung des Strassengesetzes vor, bei der neu Gemeindestrassen (entsprechend eines Mindeststandards) zu 100% aus Geldern des Strassenfonds und nicht mehr aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden. Damit können

Steuerausfälle in den Gemeinden zumindest kompensiert werden (Saldoneutralität). Im Mai konnte die glp den Gegenvorschlag mit sensationellen 4500 Unterschriften einreichen. Leider steht dieser Gegenvorschlag im Moment auf wackligen Beinen, da der Regierungsrat ihn teilweise als ungültig erklärt hat. Die glp wird aber weiterhin für diesen nachhaltigen Lösungsvorschlag kämpfen.

In wenigen Wochen steht eine **Ersatzwahl in den Zürcher Regierungsrat** an. Nach der Rücktrittsankündigung von Rita Fuhrer suchte die glp das Gespräch mit anderen politischen Kräften und entschloss sich danach, Martin Bäumle für die Wahl vorzuschlagen. Da seitens der Grünen keine Kandidatur gestellt wurde, wollten wir die Gelegenheit nutzen, im Volkswirtschaftsdepartement eine grünliberale Wende einzuleiten. In den wichtigen Bereichen Verkehr und Flughafen wäre es Martin möglich gewesen, dank seiner Kompetenz und Erfahrung eine nachhaltig ökologische Entwicklung in Gang zu bringen. Dies stiess aber bei der SP unerwartet auf grossen Widerstand und führte dazu, dass die Sozialdemokraten ihren Entschluss, nicht für den freierwerbenden Sitz zu kandidieren, verwarfen und einen eigenen Kandidaten aufstellten. Das Ziel war eindeutig: eine Wahl Martin Bäumles sollte verhindert werden. Da die Wahlchancen für die glp dadurch faktisch auf Null sanken, mussten wir aus dem Rennen aussteigen. Es betrübt ausserordentlich, dass aufgrund von taktischen Spielen und persönlichen Ressentiments die Chance auf einen äusserst kompetenten, lösungsorientierten und profilierten Regierungsrat vorerst zunichte gemacht wurden.

#### Die glp in National- und Ständerat

Das schillerndste Ereignis der letzten Monate in Bern war wohl die **Ersatzwahl in den Bundesrat**. Die glp bedauert, dass mit dem durch Stimmen aus dem links-grünen Lager gewählte Didier Burkhalter die Chance vertan wurde, die Ökologie im Bundesrat zu stärken. Wir werden Bundesrat Burkhalter an seiner Arbeit messen. Bei jeder Vakanz in der Regierung werden wir uns für eine möglichst gute Vertretung der grünliberalen Anliegen einsetzen.

Die glp ist erfreut über die Bereitschaft des Nationalrats, bei den Gesundheitskosten Einsparungen vorzunehmen. Das verabschiedete **Gesundheitspaket** enthält sinnvolle Massnahmen zur Eindämmung der Kosten und zur Stärkung der Eigenverantwortung. Die in der Kommission erarbeitete Vorlage war ausgewogen, weil sie die Versicherten, die Leistungserbringer, die Versicherungen und die Behörden gleichermaßen in die Verantwortung nimmt.

Die glp stand dem dritten **Konjunkturpaket** sehr skeptisch gegenüber. Ob die geplanten Massnahmen Wirkung entfalten, ist unsicher. Neben den Massnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes sind jetzt Schritte in eine nachhaltige Zukunft anzugehen. Damit werden die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Die glp ist überzeugt, dass um die Unabhängigkeit von nicht erneuerbaren Ressourcen zu erhöhen Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien immer noch am wirkungsvollsten sind. Deshalb forderte Martin Bäumle in einer Motion, den Deckel bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) als eine der dringlichsten Massnahmen sofort aufzuheben. Der Nationalrat hat diesen Vorstoss tatsächlich überwiesen und muss nun noch vom Ständerat unterstützt werden. Dem Konjunkturpaket hat die glp schliesslich zugestimmt.

Die glp ist erfreut, dass der Nationalrat verschiedene Vorstösse für mehr **Energieeffizienz** und zur Förderung erneuerbarer Energien unterstützt hat, darunter eine Beschleunigung von Bewilligungsverfahren für Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie und eine Kommissionsmotion, die zusätzliche Anreize schaffen soll Gebäudesanierungen vorzunehmen.

Der **CO2-Ausstoss von Fahrzeugen** in der Schweiz ist viel zu hoch. Die glp begrüsst deshalb die vom Bundesrat vorgesehene verbindliche Regelung betreffend CO2-Zielwerte für Neuwagen im Rahmen der Revision des CO2-Gesetzes. Die glp erachtet zwar eine CO2-Abgabe auf Treibstoffe nachwievor für das sinnvollste und wirkungsvollste Instrument im Hinblick auf die Reduktion des CO2-Ausstosses. Dennoch unterstützen wir auch diese Regelung. In unseren Augen ist es allerdings eine ergänzende Massnahme. Die glp will den Grenzwert bei 120g/km und nicht wie vorgeschlagen auf 130g/km festlegen, wie dies in der EU auch der Fall ist. Die Schweiz darf es sich nicht leisten, hier einen höheren Grenzwert anzusetzen.

#### Mitgliederbeiträge 2009 / Spenden

Alle, die den **Mitgliederbeitrag 2009** noch nicht einbezahlt haben, können dies mit dem beiliegenden Einzahlungsschein oder direkt auf das GEU-Konto 80-37480-0 tun. Auch für 2009 betragen die Mitgliederbeiträge 70.- für Einzelpersonen und 120.- für Paare. Wer nicht sicher ist, ob der Beitrag schon bezahlt wurde, kann sich bei unserem neuen Kassier, Marcel Drescher (marcel.drescher@grunliberale.ch) melden. **Spenden** sind in der Wahlkampfzeit besonders willkommen und wir danken euch schon im Voraus für eure wertvolle Unterstützung! Bitte vermerkt immer, ob es sich bei der Zahlung um den Beitrag, eine Spende oder beides handelt.

Mit herzlichen Grüssen  
Valeria Rampone